

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0346/2004 öffentlich 12.05.2004 12.05.2004	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die bislang noch nicht mit dem ÖPNV bedienbaren Talrandlagen der Stadt zukünftig angebunden werden können. Dabei soll auch in die Überlegungen mit einbezogen werden, ob sich das System des Anruf-Sammel-Taxis für diese Zwecke eignet.

Wenn die Lösung des Problems mit den Fahrzeugen des Anruf-Sammeltaxis denkbar wäre, soll skizziert werden, welche weiteren sinnvollen Erweiterungen oder Qualitätsverbesserungen mit diesem ÖPNV-Baustein umsetzbar wären und welche Kosten damit verbunden sind.

Insbesondere soll geprüft werden, ob und unter welchen Umständen mit Hilfe von „Komfortzuschlägen“ auch Fahrten ohne Umstieg auf Abendlinien denkbar sind. Veränderungen des Preisgefüges, die dafür notwendig wären, sollen errechnet und vorgestellt werden.

Begründung:

In einigen Talrandlagen, die aufgrund der Topografie von Linienbussen nicht anfahrbar sind, ist die Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV bisher nicht machbar. Genau diese Höhenlagen erfordern es aber für Menschen mit Gehbehinderungen, wohnortnah Haltestellen vorzuhalten, da der Weg bis ins Tal zu den vorhandenen Linienbussen oftmals zu beschwerlich ist.

Das Anruf-Sammeltaxi ist aufgrund der kleineren Fahrzeuge sicher ein Medium, was sich für diese Zwecke einsetzen ließe. Dies erfordert jedoch, dass über das vorhandene System mit seinen Haltestellen und dem oft notwendigen Umstieg auf Abendbuslinien für Querschnittsfahrten erneut nachgedacht wird.

Bei dieser Gelegenheit kann auch über das Preisgefüge neu nachgedacht werden, damit der Kostendeckungsgrad des AST sich bessert. Ein verbessertes Angebot würde es auch rechtfertigen, Komfortzuschläge zu erheben und damit zur Finanzierung beizutragen.

**gez. Sonja Sell
gez. Uwe Meyer**

**gez. Anna Lakner
gez. Jürgen Markus**